



Genossen in der Krise?

Europas Sozialdemokratie
auf dem Prüfstand

Herausgegeben von
Felix Butzlaff, Matthias Micus
und Franz Walter

Vandenhoeck & Ruprecht
ZEIT  ONLINE

Inhalt

Genossen in der Krise?	
Eine Einleitung	7
Mao in Berlin?	
Die SPD auf der Suche nach einem neuen Projekt	11
Von Felix Butzlaff und Matthias Micus	
Die Macht der Autosuggestion. Reale Krise und gefühlte Stärke bei der österreichischen Sozialdemokratie	31
Von Matthias Micus	
Cupli-Genossen. Sozialdemokratie in der Schweiz	49
Von Franz Walter	
Eine Erneuerungspartei kommt in die Jahre. Die niederländische Partij van de Arbeid	65
Von Andreas Wagner	
Auf der Suche nach der erfolgreichen Vergangenheit. Die Oppositionsdepression der schwedischen Sozialdemokratie	78
Von Jens Gmeiner	
Licht am Ende des Tunnels? Kontinuität und Wandel in der politischen Strategie der dänischen Sozialdemokraten	99
Von Matthias Micus und Clemens Wirries	
Die Auferstehung einer Totgeglaubten. Der Wiederaufstieg der norwegischen Arbeiterpartei . . .	112
Von Jens Gmeiner	
Inhalt	5

Beyond New Labour?	
Zur Selbstfindung der britischen Sozialdemokratie	129
Von Danny Michelsen und Franz Walter	
Hobbits, Kiwis und Sozialdemokraten:	
die Labour Party in Neuseeland	151
Von Benjamin Wochnik	
Blick in den Abgrund.	
Australische Lehren für die Sozialdemokratie?	169
Von Severin Caspari	
Con el talante de Zapatero.	
Der spanische PSOE zwischen Parteireform	
und Regierungskrise	190
Von Felix Butzlaff und Benjamin Seifert	
Vom »ausgetrockneten Baum«	
zur Partei des neuen Staatspräsidenten?	
Die Parti socialiste in Frankreich	206
Von Daniela Kallinich und Teresa Nentwig	
Die Krise der Sozialdemokratie in Italien	226
Von Nikolas R. Dörr	
Das komplizierte Erbe der Einheitspartei.	
Der Bund der Demokratischen Linken in Polen	242
Von Julia Walter	
Drama in zwei Akten: die ungarische Sozialdemokratie . . .	260
Von Melani Barlai	
Im Spätsommer der Sozialdemokratie?	271
Von Felix Butzlaff, Matthias Micus und Franz Walter	
Autorenverzeichnis	301

Die Macht der Autosuggestion

Reale Krise und gefühlte Stärke bei der österreichischen Sozialdemokratie

Von Matthias Micus

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) ist eine stolze, mitgliederstarke Partei mit einer glanzvollen Geschichte. Das trat erst jüngst, zu Beginn des Jahres 2011, wieder einmal mit Nachdruck in das öffentliche Bewusstsein. Überall wurde noch der zerstreuteste Flaneur und selbst der flüchtigste Zeitungleser und Fernsehzuschauer mit Sondersendungen, großformatigen Porträts und Veranstaltungshinweisen über den runden Geburtstag von Bruno Kreisky informiert, der im Januar hundert Jahre alt geworden wäre und in den 1970er Jahren bei drei aufeinanderfolgenden Wahlen mit der SPÖ absolute Mehrheiten gewann.

Auch die sozialdemokratische Gegenwart ist nicht rundweg düster. Immerhin stellen die österreichischen Sozialdemokraten den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler, die SPÖ wurde zudem bei der letzten Nationalratswahl abermals die stärkste Partei. Und: Selbst zu den Glanzzeiten des »Sonnenkönigs«, wie Kreisky von Freund und Feind genannt wurde, stellte die SPÖ nicht so viele Ministerpräsidenten bzw. »Landeshauptleute« wie seit 2005, nämlich vier – und damit erstmals ebenso viele wie die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP), die bis in das 21. Jahrhundert hinein in der Mehrzahl der neun Bundesländer dominierte.

Die Kreisky-SPÖ

Andererseits weisen zahlreiche Indikatoren auf einen rapiden Verfall hin, der sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten noch beschleunigt und die Fundamente der sozialdemokratischen Organisationsmacht zunehmend unterhöhlt hat. Auf ihrem Zenit im Jahr

1979 erhielt die SPÖ bei der Nationalratswahl 51 Prozent der abgegebenen Stimmen, und die Partei zählte 721.000 Mitglieder. In den folgenden 15 Jahren schrumpfte der Mitgliederbestand um ein Drittel auf 512.000 (1994), um sich in den letzten anderthalb Dekaden, bis 2009, gar zu halbieren. Nur noch 243.000 Österreicher besitzen aktuell ein Parteibuch der SPÖ, das sind rund 500.000 weniger als vor dreißig Jahren.

Das Erfolgswunder der SPÖ bildete in den 1970er Jahren die sogenannte »Kreisky-Koalition«, das Bündnis aus traditioneller Arbeiterschaft, Neubürgertum und kritischer Jugend. Unter Kreisky hatte sich die SPÖ – ausgehend von einem festen Wurzelgrund in der angestammten Anhängerschaft – den mittleren und modernen Soziallagen zugewandt. Davon ist nicht viel übrig geblieben. Der Anteil der Arbeiter unter den SPÖ-Mitgliedern, Anfang der 1950er Jahre bei rund vierzig Prozent und auch 1992 noch bei 33 Prozent, ist auf unter zwanzig Prozent gesunken.¹ Zudem: Der für die 1970er Jahre konstatierte Trend zur Verjüngung ist längst in einen frapanten Jugendmangel umgeschlagen. Gleichfalls bezeichnend und ein weiterer Indikator für die Implosion der Kreisky-Koalition wie auch die Tiefe der sozialdemokratischen Krise: So negativ das öffentliche Image der SPÖ immer ist, die eigene Parteibasis ist der eigenen Partei gegenüber noch kritischer eingestellt als die Bevölkerung – und eine der unzufriedensten Mitgliedergruppen sind die von Kreisky seinerzeit so erfolgreich umworbenen Bildungsbürger.²

Mit Blick auf die SPÖ-Wählerschaft zeigt sich ein ähnliches Bild, wobei der Schwund auf der Mitglieder- wie auch der Wählerebene letztlich zu einem paradoxen Resultat führt: Je stärker die SPÖ schrumpft und je vollständiger Kreiskys Erfolgskoalition zerschlagen wird, umso umfassender entwickelt sich die österreichische Sozialdemokratie strukturell zur »Kreisky-SPÖ« – schlicht deshalb, weil die greisen Vor-Kreisky-Kohorten allmählich wegsterben, wohingegen bei den Jüngeren ein tiefes Generationsloch klafft. In eben jenem Maße nun, in dem die Wähler, die Kreisky in den 1970er Jahren zu seinen absoluten Mehrheiten verholfen haben, altersbedingt aus dem Arbeitsleben ausscheiden, wird die SPÖ zur Pensionistenpartei. Jungwähler machen um die Sozialdemokratie bei Wahlen mittlerweile einen großen Bogen, auch bei den berufsaktiven mittleren Altersgruppen sind die Werte für die SPÖ bescheiden. Deutlich überdurchschnittlich schneidet sie dagegen bei den über

Sechzigjährigen ab, das beste Resultat überhaupt erzielte sie bei der Nationalratswahl 2008 bei den Pensionisten und Pensionistinnen, von denen 38 Prozent bzw. 39 Prozent für die SPÖ stimmten.³

Die SPÖ verengt sich folglich sozialstrukturell und vor allem generationell; übrig bleiben vorwiegend die alternden Kreisky-Wähler, die sich vor vierzig Jahren überzeugen ließen, »ein Stück des Weges« mit der SPÖ zu gehen, und die seither auf diesem Weg geblieben sind. Heute bilden sie die treueste Wählergruppe der Partei, den schwindenden Rest des einst so soliden Anhängersockels. Ansonsten zerbröseln die Sozialdemokratie an allen Ecken und Enden. Bei den Arbeitern, von denen noch 1986 66 Prozent für die SPÖ gestimmt hatten, blieb sie bei der Nationalratswahl 2008 zum zweiten Mal nach 1999 mit einem Anteil von nurmehr gut 30 Prozent deutlich hinter den Rechtspopulisten zurück. Nur noch 10 bis 15 Prozent des sozialdemokratischen Elektorates sind im Jahr 2010 Arbeiter, 1955 waren es noch rund 40 Prozent. Eine Arbeiterpartei ist die SPÖ daher nur noch in der nostalgischen Rückschau sentimentaler Festtagsreden.⁴

Doch es wenden sich nicht nur die Arbeiter ab, die sozialdemokratische »Kerze brennt an beiden Enden«⁵. Die Gesellschaft hat sich pluralisiert, die großen, vereinheitlichenden Klassenblöcke wurden längst abgelöst von einer schier unüberschaubaren Lebensstilvielfalt. Vor diesem Hintergrund erscheint die SPÖ den einen, den heutigen Arbeitern, als zu elitär, die anderen dagegen schauen verächtlich auf sie herab. Bei den Akademikern kam die Sozialdemokratie schon bei ihrem Wahlsieg im Jahr 2006 nur noch auf 21 Prozent, wohingegen ihr Endresultat immerhin 35 Prozent und ihr Stimmenanteil unter Pflichtschulabsolventen beachtliche 48 Prozent betrug.

Noch stärker ist sie mittlerweile unter Jugendlichen marginalisiert. Zwar haben die jungen Wählerinnen den Sozialdemokraten zwischen 2004 und 2006 auf Landesebene manchen Triumph beschert. Ohne ihren überdurchschnittlichen Zuspruch hätte die SPÖ weder in Salzburg noch in der Steiermark den politischen Wechsel geschafft und ebenso wenig die absolute Mehrheit im Burgenland errungen.⁶ Doch lag die SPÖ bei der Nationalratswahl 2008 mit 14 Prozent bei den Jungwählern unter dreißig Jahren nur auf dem dritten Platz, sowohl hinter der konservativen ÖVP als auch der rechtspopulistischen FPÖ und gleichauf mit den Grünen.

Mithin: Die SPÖ schafft den Spagat nicht mehr. Sie schafft ihn vor allem dort nicht mehr, wo die zu integrierenden Gruppen sehr weit auseinander liegen – in den Großstädten. In keiner Landeshauptstadt erreichte die klassische Stadtpartei SPÖ bei der Nationalratswahl 2008 auch nur 40 Prozent, den höchsten Wert erzielte sie mit 39,9 Prozent noch in St. Pölten.

Symptomatisch für das strategische Dilemma der SPÖ in den Städten ist Graz, die zweitgrößte Stadt Österreichs. Die Bewohner der Grazer Gemeindebauten beklagen sich über die mangelnde Präsenz sozialdemokratischer Parteivertreter, das Thema Fremdenpolitik spaltet die SPÖ in überzeugte Anhänger und vehemente Gegner einer liberalen Aufnahmepraxis. Bei den Migranten liegen wichtige Potenziale brach, weil diese Wähler zwar in hohem Maße für die Sozialdemokratie stimmen, sehr oft aber den Gang ins Wahllokal gar nicht erst antreten. Zu den Akademikern wiederum fehlen der Partei in der Studentenstadt belastbare Kommunikationskanäle, wie sie insbesondere die Grünen besitzen. In der Vergangenheit bei Grazer Wahlen verlässlich die mit Abstand stärkste Partei, sanken die Anteile der SPÖ daher seit den 1990er Jahren analog dem Wachstum der FPÖ markant, zunächst auf 30,9 Prozent im Jahr 1998, um schließlich genau eine Dekade später mit 19,8 Prozent sogar die 20-Prozent-Marke zu unterschreiten.⁷

Doch warum ist die SPÖ in eine solch fundamentale Krise geraten, deren Ausmaße dramatisch anmuten und die – bei einem Mitgliederrückgang um zwei Drittel zwischen 1979 und 2008 und dem parallelen Absturz des Stimmenanteils bei Nationalratswahlen von 51 Prozent auf 29 Prozent der Wähler bzw. von 47 Prozent auf 22 Prozent der Wahlberechtigten – in ihren Dimensionen die Schwierigkeiten zahlreicher ebenfalls problemgebeutelter Schwesterparteien in den Schatten stellen dürfte? Und darauf ausbauend: Wie reagieren die Sozialdemokraten auf den Niedergang, welche Folgen zeitigen ihre Maßnahmen – oder bleiben nennenswerte Reformen trotz allem aus?

Abgehobene Eliten ...

Die Dramatik des Niedergangs hängt zum einen mit den Kennzeichen des österreichischen politischen Systems zusammen – mit der Sozialpartnerschaft, der Großen Standardkoalition sowie dem Einfluss des verstaatlichten Wirtschaftssektors – und zum anderen mit der Rolle der Sozialdemokratie darin. Die Sozialpartnerschaft hat den Ausgleich zwischen vormals verfeindeten Interessen und Gesellschaftsgruppen zur Norm erhoben, ihre Kultur ist der Kompromiss. Ihr Geist ist das Denken in Gleichgewichten und Äquivalenten, eine jede Seite kann nur dann etwas gewinnen, wenn die Gegenseite eine gleichwertige Kompensation erhält. Die Sozialpartnerschaft hat daher die Herausbildung einer elitären Kameraderie begünstigt, sie hat elitäre Eigeninteressen entstehen lassen und dadurch die Formation einer geschlossenen, klassen- und interessenübergreifenden Führungsschicht gefördert.

Insofern sie auf vertraulichen Absprachen und der Verlässlichkeit der Verhandlungspartner beruht, verstärkt sie den Zentralismus in der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung – von dem sie im Übrigen auch ihrerseits abhängt, da sozialpartnerschaftliche Abmachungen nur dann Handschlagqualität besitzen, wenn die Organisationsbasen den Verhandlungseliten vorhersehbar folgen. Und insofern sie mit den Gewerkschaftsführern und Kammervertretern Entscheidungsträger ermächtigt, die nicht durch allgemeine Wahlen legitimiert sind, hat die Sozialpartnerschaft eine Parallelstruktur zur offiziellen und öffentlichen Politik etabliert. Ihre Vertreter agieren auch aus diesem Grund weitgehend im Verborgenen, der idealtypische Ort der Sozialpartnerschaft ist das Hinterzimmer.⁸ Die Sozialpartnerschaft erzeugt und basiert auf Elitismus, Zentralismus, Geheimniskrämerei.

Jedenfalls: Durch die Sozialpartnerschaft waren die Gewerkschaften und über sie vermittelt auch die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahrzehnten an allen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen beteiligt. Arbeitervertreter stiegen auf, aus kleinen Leuten wurden Mächtige, die bald jedes Verständnis für die Lebenswelten ihres Herkunftsmilieus und jedes Mitgefühl für die Zurückgebliebenen verloren. Und als dann auch noch die Partei als wertprägendes, normsetzendes und charakterfestigendes Korrektiv ausfiel – eine Rolle, die Parteien in Zeiten der Ent-Ideologisierung